

Die Presse

Arbeitsmarkt: Sozialorganisationen fürchten weitere Kürzungen

Heutige Versäumnisse würden das Sozialsystem noch in Jahrzehnten betreffen, meint Walter Marschitz, Geschäftsführer der Sozialwirtschaft. Von aktuellen Kürzungen sind etwa Menschen mit Behinderungen betroffen: Jobzusagen seien wieder zurückgenommen worden.



Die Sozialwirtschaft wünscht sich den Erhalt der überbetrieblichen Lehre. (Symbolbild) – Die Presse

05.06.2018 um 12:34

Soziale Unternehmen und Behindertenvertretungen fürchten weitere Kürzungen für die berufliche Integration. Im Budget des Arbeitsmarktservice (AMS) seien für aktive Arbeitsmarktpolitik 2017 insgesamt 1,545 Milliarden Euro zur Verfügung gestanden. Heuer seien es um rund 140 Millionen Euro weniger (1,406 Milliarden Euro), kritisierten die Organisationen bei einer Pressekonferenz am Dienstag.

Das AMS soll bis Ende Juni Maßnahmen für eine Effizienzsteigerung der verbleibenden Mittel ausarbeiten. Dazu halten "arbeit plus" - Soziale Unternehmen Österreich, der Dachverband berufliche Integration Austria ("dabei-austria"), der Österreichische Behindertenrat und die Sozialwirtschaft Österreich fest: "Arbeitsmarktpolitik muss effizient und effektiv gleichzeitig sein." Gefordert wird vor allem Klarheit für die Ziele und Mittel für 2019.

Vollmann: Kürzungen der "völlig falsche Weg".

Sozialwirtschaft-Geschäftsführer Walter Marschitz gibt etwa zu bedenken, dass heutige Versäumnisse die Sozialsysteme noch in Jahrzehnten beschäftigt werden. So forderte er etwa den Erhalt der überbetrieblichen Lehrausbildung, sei diese doch eine Chance für jene, die sich schwertun würden, eine Lehre abzuschließen. Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik können gerade in Zeiten der Hochkonjunktur eine höhere Wirkung erzielen, betonte Marschitz weiters.

Bei den Sozialen Unternehmen stehen für 2019 in einigen Bundesländern Kürzungen von bis zu 20 Prozent im Raum, - der "völlig falsche Weg", kritisierte Manuela Vollmann, Vorstandsvorsitzende von "arbeit plus". Sie zeigte sich auch verärgert über die Streichung von 80 Millionen Euro, die 2018 für die Jobintegration geflüchteter Menschen vorgesehen waren und hob etwa den Kompetenzencheck hervor.

Jobzusagen für Menschen mit Behinderung zurückgenommen

Ähnlich klingt es bei Markus Neuherz, Geschäftsführer von "dabei-austria". Denn die Kürzung bei der Eingliederungshilfe des AMS in einigen Bundesländern habe bereits dazu geführt, dass fixe Jobzusagen für Menschen mit Behinderungen zurückgenommen wurden. Er forderte daher, dass diese finanziellen Anreize für Unternehmen, benachteiligte Menschen anzustellen, im bisherigen Ausmaß bestehen bleiben.

Seit Jahresbeginn sind Menschen mit Behinderungen "besondere Zielgruppe" im AMS, um diese "erfreuliche Entwicklung mit Leben zu erfüllen", sollen die entsprechenden Gelder zweckgebunden bereitgestellt werden, forderte Eva Leutner, Vizepräsidentin des Österreichischen Behindertenrats.

(APA)

Das könnte sie auch interessieren

Empfohlen von Taboola

Was ist meine Immobilie in VIENNA wert? Jetzt verkaufen?

Dieses geniale Kühlgerät für unter 100.- ersetzt teure Klimaanlage

Kern fordert Kickl-Rücktritt: "Jetzt gibt es die Rache der FPÖ"

Sexuelle Belästigung gegen Ex-Grüne-Politikerin Sigi Maurer

Diese Rauchmelder können Leben retten

[Immobilien in Wien verkaufen.at](#)

Anzeige